

KOMMENTAR

 VON SEBASTIAN
 PUSCHNER
 Psychotherapeuten
 in Ausbeutung

 Therapie
 braucht gute
 Ausbildung

Wer immer noch nicht an die wachsende Bedeutung psychischer Erkrankungen glaubt, der lese diese Zahl: 54,2 Prozent aller Berliner, die 2011 krankheitsbedingt in Frührente gingen, taten dies wegen Depressionen, Angststörungen und anderen psychischen Krankheiten, so steht es im Landesgesundheitsbericht. Es ist nur eine Zahl von vielen, die belegt, wie wichtig es für psychisch kranke Menschen ist, dass es ausreichend viele und gut ausgebildete Therapeuten gibt.

Doch wer heute Therapeut werden will, der braucht erst einmal Frustrationstoleranz und Durchhaltevermögen. Auszubildende sollen in Kliniken vollwertige Arbeit verrichten; sie therapieren Kranke, werden dafür aber nicht angemessen bezahlt und kaum angeleitet.

Fatale Zustände

Dies ist nicht nur für angehende Therapeuten ein unhaltbarer Zustand. Viele von ihnen mahnen, dass es auch für die Patienten fatal sein kann, auf überforderte, allein gelassene Nachwuchskräfte zu treffen. Wer zu Beginn einer Erkrankung schlechte Erfahrungen mit Therapie macht, der hat es sehr viel schwerer, sich darauf einzulassen. Nachhaltiger Erfolg therapeutischer Maßnahmen und eine Linderung der Krankheit rücken da oft in weite Ferne.

Deshalb müssen alle, die Verantwortung für die Ausbildung von Therapeuten tragen, dieser endlich gerecht werden: etwa die Institute, denen die Auszubildenden viel Geld zahlen müssen, während sie deren Protest gegen die prekären Bedingungen meist ignorieren. Und das Land Berlin, in dessen eigenen Charité- und Vivantes-Kliniken ebenfalls diese prekären Bedingungen gang und gäbe sind. Schwerpunkt SEITE 22

Wassertisch will Senat einseifen

WASSERBETRIEBE Weil der Senat den privaten Anteilseignern Gewinne garantierte, regt der Wassertisch eine Klage an – wegen Verletzung des parlamentarischen Haushaltsrechts



Wenn's nach dem Berliner Wassertisch geht, hat der Senat keinen Grund, sich in Sachen Wasserbetriebe zu entspannen Foto: Hechtenberg/Caro

VON SEBASTIAN HEISER

Die Initiative Berliner Wassertisch fordert die Fraktionen dazu auf, vor dem Landesverfassungsgericht gegen die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe (BWB) zu klagen. „Gegenstand des Verfahrens wäre die Verletzung des Budgetrechts des Parlaments“, so Wassertisch-Sprecher Wolfgang Rebel am Donnerstag. Er legte zudem eine kurze schriftliche Einschätzung des Anwalts Christian Kirchberg vor, der Vorsitzender des Verfassungsrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer ist und eine solche Klage für aussichtsreich hält. Kirchberg wäre auch bereit, die Fraktionen zu vertreten – für ein Honorar von 30.000 Euro plus Mehrwertsteuer, wie Rebel sagte.

Im Oktober hatte der Senat 25 Prozent der Wasserbetriebe vom RWE-Konzern zurückgekauft und den Landesanteil damit auf 75 Prozent erhöht. Laut Kirchberg begann mit dem Geschäft eine sechsmonatige Frist, inner-

halb deren eine Fraktion die Verträge zum Gegenstand eines Gerichtsverfahrens machen kann. Die Frist läuft in drei Wochen ab.

Inhaltlich würde die Klage argumentieren, dass das Parlament im Jahr 1999 um sein Recht gebracht worden sei, über den Haushalt des Landes zu entscheiden. In der Berliner Verfassung heißt es: „Ohne gesetzliche Grundlage dürfen weder Steuern oder Abgaben erhoben noch Anleihen aufgenommen oder Sicherheiten geleistet werden.“

Doch als das Land Berlin die Hälfte der BWB-Anteile verkaufte, sicherte der Senat den privaten Anteilseignern eine Gewinngarantie zu. Falls der Überschuss der Wasserbetriebe nicht ausreicht, muss dieser garantierte Gewinn aus dem Landeshaushalt gezahlt werden. Bei dieser vom Senat abgegebenen Gewinngarantie handelt es sich nach Ansicht von Anwalt Kirchberg um eine Sicherheit, die laut Verfassung nur auf Grundlage eines vom Parlament beschlossenen

Einen Anwalt gäbe es schon für die Klage – für ein Honorar von 30.000 Euro

Die Wasserprivatisierung

■ 1999 verkaufte das Land die Hälfte der Wasserbetriebe an private Anteilseigner. Verantwortlich war der schwarz-rote Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) und Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heising (SPD). Vor der Privatisierung zahlte eine Familie für 150 Kubikmeter Wasser und Abwasser noch 1.148 DM (587 Euro). Jetzt ist die gleiche Menge 26 Prozent teurer. Der Firmengewinn stieg von 8 Millionen Euro vor der Privatisierung auf zuletzt 285 Millionen Euro. Im Oktober kaufte das Land 25 Prozent der Wasserbetriebe von RWE zurück. Die Verhandlungen über den Rückkauf der restlichen 25 Prozent von Veolia laufen. (hei)

Gesetzes abgegeben werden darf. Weil es ein solches Gesetz aber nicht gibt, sei das Parlament in seinen Rechten verletzt worden und jede Fraktion könne dagegen klagen.

Zugleich offenbarte sich erneut die Zerstrittenheit der Personen, die gemeinsam den einzigen erfolgreichen Volksentscheid Berlins – über die Veröffentlichung der Wasserverträge – durchgesetzt haben. Inzwischen sind daraus drei Gruppen entstanden. Die inhaltlichen Unterschiede sind minimal, die persönlichen Differenzen umso größer. Die „Wasserbürger“ jedenfalls nutzten am Donnerstag die Gelegenheit, den Wassertisch anzugreifen: Sie selbst hätten die juristischen Argumente gegen die Privatisierungsverträge schon viel früher gebracht, sie hätten außerdem noch mehr Wege zur Anfechtung der Verträge aufgezeigt und sie würden einen Anwalt kennen, der die Vertretung der Fraktionen vor Gericht kostenlos übernehmen würde.

 Onur U. nicht
 mehr sicher

JUSTIZ Jetzt wird auch in der Türkei gegen den Hauptverdächtigen im Fall Jonny K. ermittelt

Knapp ein halbes Jahr nach der tödlichen Prügelattacke am Alexanderplatz ermittelt die türkische Justiz gegen den Hauptverdächtigen wegen vorsätzlichen Mordes. Das teilte Berlins Justizverwaltung gestern mit. Der 18-Jährige hatte sich nach dem Angriff in die Türkei abgesetzt. Gefasst haben ihn die dortigen Behörden laut Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) aber noch nicht. Heilmann sagte, er begrüße sehr, dass die Türkei ein eigenes Strafverfahren starte.

Monatelang war um eine Auslieferung des mutmaßlichen Schlägers gerungen worden. Nun steht offenbar fest, dass der Verdächtige nicht nach Deutschland ausgeliefert wird, weil er neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch die türkische besitzt.

Die Berliner Ermittler halten den heute 19-Jährigen für die treibende Kraft des Angriffs. Der 20-jährige Jonny K. war im Oktober 2012 so heftig mit Schlägen und Tritten attackiert worden, dass er später an Gehirnblutungen starb. Am kommenden Sonntag wäre er 21 geworden.

Bei einer Verurteilung in der Türkei könnte laut Experten eine höhere Strafe drohen als in Deutschland, auch weil dort das Jugendstrafrecht nicht angewendet wird. In Deutschland sieht dieses eine Höchststrafe von zehn Jahren vor.

Die türkischen Behörden hatten in Berlin ein Rechtshilfeersuchen gestellt. Nun sollen der Türkei Kopien aus den Akten der Berliner Staatsanwaltschaft übermittelt werden, hieß es. Dadurch könne auch die Türkei strafrechtlich gegen den mutmaßlichen Schläger vorgehen.

In der Mitteilung der Berliner Justiz wird aus der Verbalnote der türkischen Justiz zitiert: „Die Oberstaatsanwaltschaft Sivas hat auf der Grundlage von Art. 11 des türkischen Strafgesetzes gegen Onur U. wegen ‚vorsätzlichen Mordes‘ und ‚vorsätzlicher Körperverletzung‘ eine Ermittlung [...] eingeleitet.“ DPA

„Doch arg unverhältnismäßig“

UNDERCOVER Beim Polizeigrößeinsatz anlässlich der Zwangsräumung in der Lausitzer Straße waren Mitte Februar auch rund 60 Zivilbeamte im Einsatz. Die Piraten fragen sich, warum so viel Heimlichkeit nottut

Um Mitte Februar die Kreuzberger Familie Gülbol aus ihrer Wohnung zwangsräumen, bedurfte es eines Polizeigrößeinsatzes. Wie groß er tatsächlich war, machen Zahlen deutlich, die jetzt die Innenverwaltung auf eine Piraten-Anfrage vorlegte.

Demnach waren 831 Beamte am 14. Februar im Einsatz, als die Gerichtsvollzieherin die fünfköpfige Familie in der Lausitzer Straße räumte – und Hunderte dagegen protestierten. Die Gülbols hatten 16 Jahre in der Wohnung gelebt, wurden aber wegen verspäteter Mietzahlungen gekündigt. Neben den Beamten wurde drei Stunden lang ein

Hubschrauber eingesetzt. Mit 32 Kameras wurden 306 Minuten Material über die Proteste aufgezeichnet. Aufgrund von Übergriffen auf Beamte seien „körperliche Gewalt“, „Reizstoff sowie der Mehrzweckstock“ eingesetzt worden, heißt es in der Antwort von Innensenator Frank Henkel (CDU). 13 Beamte wurden verletzt, konnten aber im Dienst bleiben. 19 Protestierende wurden festgenommen. Hier fehlen Angaben zu Verletzten. Offen bleiben auch die Kosten für den Einsatz. Diese würden nicht gesondert erhoben, heißt es. Beziffert wird nur der Helikoptereinsatz: 4.368,77 Euro pro Stunde.

Auffällig ist die hohe Zahl von Zivilbeamten: 59. Für Piraten-Fraktionschef Christopher Lauer wirft das Fragen auf. „Ich weiß nicht, warum es für so einen Einsatz derart viele verdeckte Beamte braucht.“ Das fördere nicht das Vertrauen in die Polizei, so Lauer. Ein Polizeisprecher nannte die Zahl dagegen „nicht ungewöhnlich“. Die Zivilbeamten seien „zur Beobachtung“ eingesetzt worden. Lauer kündigte an, den Einsatz erneut im Innenausschuss anzusprechen. Dieser erscheine „doch arg unverhältnismäßig“.

Henkel stellte sich hinter die Polizei. Er verteidigte auch, dass die Gerichtsvollzieherin in Poli-

zeikleidung zur Wohnung der Gülbols ging, um nicht von Demonstranten erkannt zu werden. Ein Amtsmissbrauch liege nicht vor, so der Senator, diesmal auf Grünen-Anfrage, weil die Frau nicht als „Polizistin gehandelt oder den Eindruck erweckt hat, diese Funktion für sich ernsthaft in Anspruch nehmen zu wollen“.

Blockade am Dienstag

Bereits für Dienstag ruft ein Bündnis erneut zur Blockade einer Zwangsräumung auf, diesmal in Reinickendorf. Hier soll eine schwerbehinderte 67-Jährige ihre Wohnung wegen Mietrückständen verlassen. KO

 Wunderbaum
 The New Forest:
 The Beginning
 5.+6.4. / HAU3

 5.4., im Anschluss an die Vorstellung: Gespräch
 Mit Willem Schinkel und Harald Welzer
 Moderation: Guy Gypens

HAU



www.hebbel-am-ufer.de